

Die Ausgegrenzten

Wie die Gesellschaft sich mit der sozialen Spaltung und Massenarmut abfindet, Kirche und Diakonie das aber nicht dürfen¹

Hans-Jürgen Benedict

1. Ein Buch, die Option für die Armen und der soziale Rechtsstaat

Anfang des Jahres ist ein dickes Buch von über 700 Seiten Umfang erschienen: *Kirchen aktiv gegen Armut und Ausgrenzung. Theologische Grundlagen und praktische Ansätze für Diakonie und Gemeinde.*² Ein Buch, dick und schwer wie Ziegelstein. In acht großen Kapiteln analysieren und diskutieren über 40 Autoren, zu denen auch meine Wenigkeit gehört, alle Fragen zu Armut und Ausgrenzung – von den exegetisch-historischen Grundlagen über theologisch-systematische und praktisch-theologische Ansätze, Kirche der Armen, sozialwissenschaftliche Zugänge, sozialpolitische Perspektiven bis hin zu Armut und Bildung sowie den Praxisfeldern der Armut.

Wie ein Cantus firmus zieht sich durch viele Beiträge dieses großen Sammelwerks der biblisch-theologische Bezug auf die Option Gottes für die Armen. Gott ergreift Partei für die Unterdrückten (Ex 3,7). „Es sollte überhaupt kein Armer unter euch sein.“ (Dtn 15,4) Gleich zu Beginn wird eine wichtige Passage aus der EKD-Denkschrift „Gerechte Teilhabe“ zitiert: „Die Hinnahme von unfreiwilliger Armut in der Gesellschaft stellt ein individuelles wie gesellschaftliches Versagen vor Gottes Angesicht und seinen Geboten dar. Unsere Gesellschaft verfügt über ein in der Geschichte noch nie da gewesenes Ausmaß an Ressourcen; deswegen gibt es keine Entschuldigung, unzureichende Teilhabe und Armut nicht entschieden überwinden zu wollen.“³ Und dann heißt es weiter: „Seit Jesus Christus gehört es zur Kern-Aufgabe der Kirchen, sich gegen Armut und Ausgrenzung zu engagieren. Der wesentliche Beitrag des Christentums zur Kultur des Abendlandes ist die Erhebung der Niedrigen“, wie sie im Magnificat formuliert ist.⁴ Das klingt mir etwas zu vollmundig und stimmt so formuliert

¹ Ich habe diesen Vortrag auf zwei Armutskonferenzen der Pommerschen Evangelischen Kirche in Stralsund und in Torgelow im Mai und Juni 2011 gehalten. In Stralsund wurde er ergänzt durch das Referat des Sozialrichters David von Glisczynski, der einen Einblick in die Prozesse zu Hartz IV lieferte, in Torgelow durch das Referat von Vera Sparschuh über das Forschungsprojekt: „Armut im ländlichen Kontext“. Ich habe die Vortragsform beibehalten. Der Vortrag wurde zuerst veröffentlicht im Amtsblatt der Pommerschen Evangelischen Kirche 3 (2012), 103–111.

² Johannes Eurich/Florian Barth/Klaus Baumann/Gerhard Wegner (Hg.), *Kirchen aktiv gegen Armut und Ausgrenzung. Theologische Grundlagen und praktische Ansätze für Diakonie und Gemeinde*, Stuttgart 2011.

³ Johannes Eurich, Einleitende Überlegungen, in: Eurich u.a., *Kirchen*, 9–18: 9; *Gerechte Teilhabe: Befähigung zu Eigenverantwortung und Solidarität*; eine Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland zur Armut in Deutschland; mit einer Kundgebung der Synode der EKD, Gütersloh 2006, 15.

⁴ Eurich, Einleitende Überlegungen, 11.

auch nicht ganz – Kernaufgabe war doch die Verkündung des Evangeliums, zu deren praktischer Seite die Armenfürsorge gehörte, die denn auch ein Mittel seiner Ausbreitung war. Aber dies große Sammelwerk verdient allen Respekt. Der Band zeigt, wie wachsam und sensibel Kirche und Diakonie in der Armutsfrage inzwischen sind. Das finde ich gut, und doch muss ich etwas Wasser in den Wein des Lobs gießen.

Oft wird in den Artikeln nicht berücksichtigt, dass die guten sozialetischen Forderungen der Bibel in einer völlig anderen gesellschaftlichen Situation entstanden sind, der einer agrarischen Mangelgesellschaft, in der es keinen Rechtsanspruch auf Hilfe gab und die Armen tatsächlich auf die Barmherzigkeit ihrer Mitmenschen angewiesen waren. Deswegen die häufigen Ermahnungen zur Nächsten- und Fremdenliebe, die ständigen Appelle, die Armen, Fremdlinge, die Witwen und Waisen zu schützen, die Tagelöhner am gleichen Tage zu entlohnen usw. Es wird so oft angemahnt, weil es eben nicht selbstverständliche Praxis war.

Wir dürfen nicht vergessen: Das Sozialrecht im alten Israel war kein positives Recht, sondern ein Erbarmensrecht, genauer sogar nur ein Erbarmensappell, dessen Sanktion darin bestand, den sozialen Unterdrückern Gottes Zorn anzudrohen. (Ex 22,21 ff.). In einem ersten „Sozialgesetz“, dem Bundesbuch, werden die Armen, die Witwen und Waisen und die Fremdlinge unter den Schutz Gottes gestellt. Ein Existenzminimum wird angemahnt (Ex 22,25 f.). Es dauert aber noch ein Jahrhundert bis in Israel die Randgruppen strukturell geschützt werden. Durch die Einrichtung einer Sozialsteuer (statt Abgabe an König und Tempel) und durch ein Schuldenerlassjahr sollten durch Missernten und feudale Tribute erzwungene soziale Verwerfungen wieder rückgängig gemacht werden (Dtn 14,22 ff.;15,1 ff.). Das Recht diente also, damals durchaus fortschrittlich, dazu, die Wirtschaft zu regulieren, die keineswegs eigengesetzlich gesehen wurde, und dazu, die rechtlos gemachten wieder mit Rechten zu versehen. Das ist der Sinn der Barmherzigkeit, die auf Gerechtigkeit zielt.

Ob der Schuldenerlass im siebten Jahr in Israel gängige Praxis war, ist nicht direkt belegt. Allerdings deutet die Mahnung in Dtn 15,9, dem armen Bruder auch vor dem siebten Jahr noch zu leihen, darauf hin. Man kann den Gedanken der Entschuldung als „Recht auf einen Neuanfang“ (Ebach) interpretieren. Schulden sind sowohl konkret materiell als auch psychologisch-spirituell. Verschuldung führt zur Schuldknechtschaft, zu Hunger, Elend und Armut wie zu Schuldgefühlen, Selbstvorwürfen und Selbstzweifeln. Entschuldung wie Schuldvergebung befreien von diesen knechtenden Verhältnissen und den sie begleitenden Gefühlen.⁵ Das zeigt sich noch in der entsprechenden Bitte des Vaterunsers „Vergib uns unsere Schuld“, die begrifflich zwischen Schuld und Schulden changiert.

⁵ Was später funktionierte, war die jüdische Armenhilfe. Arme Juden erhielten aus der Gemeindekasse Unterstützung, die Gerechtigkeit und Liebeserweise (Zedaka und Gemilut Chassidim) genannt wurden, besonders verwaltet von den Frauen, halten sich im Judenturm über Maimonides mit seinem Warenkorb und den Sozialethiker Vires durch bis hin zu den Frauen, die zu Pionieren der Sozialarbeit wurde, ich nenne Alice Salomon und Siddi Wronsky, die die sozialarbeiterische Profession als Zedaka in der Industriegesellschaft

Jesus nimmt in seiner Seligpreisung der Armen diese Tradition auf und verbindet sie mit dem Kommen des Reiches Gottes: „Selig seid ihr Armen, denn das Reich Gottes gehört euch; selig seid ihr, die ihr jetzt hungert, denn ihr sollt satt werden.“ (Lk 6,20 f.) Aber er gründet kein Armutsbekämpfungsprogramm oder ein Diakonisches Werk in Palästina mit seinen 20% Bettelarmen und 60% relativ Armen. Und die Frühe Kirche feiert die Gegenwart des Herrn im Abendmahl als Mahl des Teilens, aber das Soziale ist Auswirkung, nicht Grundlage.

Also: wir können die prophetische Sozialkritik und das biblische Sozialrecht zitieren und damit motivieren. Das ist der entschiedene ethische Monotheismus des Judentums, den Jesus übernommen hat und der bis heute wirkt im Gleichnis vom barmherzigen Samariter und den sechs Werken der Barmherzigkeit im Gleichnis vom Weltgericht: „Was ihr einem von meinen geringsten Brüdern getan habt, das habt ihr mir getan.“ (Mt 25,40) Das ist und bleibt wichtig als antiselektiver Impuls in der menschheitlichen Sozialgeschichte. Das hat sich ausgewirkt im sozialen Handeln und Helfen (siehe den Arbeiter-Samariterbund) bis in die Sozial-gesetzgebung von Weimarer Republik und Bundesrepublik (besonders vermittelt über den Sozialen Katholizismus). Und wenn wir das zitieren, wird uns etwas wohler ums Herz, weil wir etwas Frust über die widerständigen Verhältnisse los werden und unseren Zorn über die Verantwortlichen artikulieren können. Aber heute zitiert dient dies biblisch-soziale Erbe vor allem der innerkirchlichen Verständigung und Motivation.

Aber wir leben nicht mehr in einer agrarischen Mangelgesellschaft, in der Gott als der Anwalt der Armen und anderer rechtloser Randgruppen beschworen werden muss. Wir leben in einer reichen Gesellschaft, in der es erstens genug zum Umverteilen von oben nach unten gibt und zweitens eine soziale Gesetzgebung, die zwar in Gefahr steht ausgedünnt zu werden, die aber existiert im Unterschied zu den biblischen, mittelalterlichen und neuzeitlichen Zeiten. Und deshalb gibt es wegen Hartz IV, wenn ich recht informiert bin, zehntausende vor Sozialgerichten bis hin zu Landessozialgerichten und dem Bundesverfassungsgericht anhängige Verfahren. Und der „sterbliche Gott“ (Hobbes), der Staat, hat ja tatsächlich gesprochen in Gestalt des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes und die Hartz IV-Sätze – aufgrund der Berechnungen der Caritas – besonders für die Kinder armer Familien kritisiert. Was die Politik daraus gemacht hat, wissen Sie, die hier sitzen und das z.T. umsetzen müssen. Wir können den Politikern und Verbänden nicht primär mit biblischen Sprüchen kommen, wir müssen mit ihnen in harte Auseinandersetzungen um das Soziale gehen.

Also noch einmal – wenn man dieses Buch *Kirchen aktiv gegen Armut und Ausgrenzung* zur Hand nimmt und darin liest, ist der Eindruck – großartig, wunderbar, Kirche und Diakonie sind zur Stelle, sie stehen an der Seite der Armen in unserem Land, sie helfen praktisch durch Beratung und üben Solidarität in vielen Armutsprojekten, sie skandalisieren, veranstalten

begründeten. S. dazu Susanne Zeller, Nicht Almosen sondern Gerechtigkeit. Jüdische Ethik und ihre historischen Wurzeln für die Professionalisierung in der Sozialen Arbeit, in: Neue Praxis 28 (1998), 540–556.

Armutskonferenzen wie die heutige und mahnen in öffentlichen Stellungnahmen, appellieren an das Gewissen der Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft, sie betreiben Lobbyarbeit für die Armen durch die Wohlfahrtsverbände bei Gesetzesberatungen usw. Der Eindruck ist nicht falsch, aber er täuscht auch. Wieso braucht man ein so umfangreiches Buch, wenn die Sache so klar ist? Ist die Vielfalt der behandelten Fragestellungen dem Umstand geschuldet, dass es doch nicht so einfach ist die relative Armut abzuschaffen? Denn der Umfang der kirchlich-diakonischen Aktivitäten kann nicht vergessen machen, dass sich dadurch an der Gesamtsituation wenig ändert. Das Leben der relativ Armen hierzulande wird an einigen Punkten erträglicher gemacht, aber abgeschafft wird die Massenarmut dadurch beileibe nicht. Eher verfestigt sie sich als soziale Spaltung und Ausgrenzung (auch durch den oft hochgelobten Beitrag von Kirchengemeinden zu einer parallelen Armuts- und Tafelgesellschaft, darüber später mehr). Denn Kirche und Diakonie kommen wie andere soziale Träger offensichtlich an die entscheidenden Ursachen der Armutsfaktoren nicht heran. Wieso eigentlich?

2. Prophetischer diakonisch-kirchlicher Einspruch für die Armen in der Systemgesellschaft

Die sozialpolitischen Verhältnisse der BRD lassen sich durch bloße Ermahnung und Predigt eben nicht verändern. Man könnte fast sagen: Je häufiger die Option für die Armen wiederholt wird, umso wirkungsloser erweist sie sich. Oder: die Tatsache, dass sie so häufig wiederholt wird, zeigt, wie schwierig sie umzusetzen ist. Die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft scheeren sich wenig um diesen biblisch-theologischen Einspruch. Sie haben nicht den Eindruck, falls sie überhaupt so denken und nicht eher den Staatsgedanken an die Stelle Gottes setzen, „vor Gottes Angesicht und seinen Geboten (so die eben zitierten EKD-Denkschrift) zu versagen“. Sie verstehen sich eher als verantwortungsbewusste Sozial- und Fiskalpolitiker, die durch ein neues Gesetz mit dem Schreckensnamen „Hartz IV! Menschen durch „Fordern und Fördern“ wieder in Arbeit und die deutsche Wirtschaft voran bringen wollen. Und sie sagen mit einem gewissen Recht, dass es die Aufgabe der sozial tätigen Professionellen ist, durch Beratung und Unterstützung diesen Menschen zu helfen, selbst tätig zu werden. Sie akzeptieren zwar, dass die Wohlfahrtsverbände sich als anwaltliche Vertretung der Armen verstehen und tätig werden, lassen sich aber dadurch nicht zu einer Politikgestaltung bewegen, die die Abschaffung der Armut und eine sozial gerechte Umverteilung von oben nach unten zum Zentralthema macht. Der sich ständige steigende Reichtum der 10% ganz oben bleibt geschont, die Vermögenssteuer bleibt ausgesetzt, die Unternehmen werden entlastet und ihre Gewinne steigen, der Staat verzichtet zugunsten einer bestimmten Klientel auf Steuereinnahmen, die Nettolohnquote aber sinkt und die prekäre Beschäftigung für Millionen nimmt ständig zu. So ein dramatischer Kurswechsel, wie er jüngst in der Atomenergiepolitik

angesichts der Katastrophe von Fukushima von der Regierung vollzogen wurde, ist in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, leider sage ich, nicht vorstellbar. Die Politik begrüßt es zugleich, wenn Diakonie und Kirche Menschen motivieren, ehrenamtlich-zivilgesellschaftlich in der Armutsbekämpfung tätig zu werden und so die Zurückhaltung des Staats ausgleichen. Dabei aber soll es auch bleiben. Woran liegt das?

Wir haben es hier mit einem Grunddilemma einer hochdifferenzierten Gesellschaft zu tun, was ich in einem kurzen Exkurs erläutern will.

Das *System sozialer Hilfen und Pflege* ist ein System, das Menschen in schwierigen Lebenssituationen beratend, unterstützend und begleitend hilft. Es kann nicht das Problem der neuen Armut lösen, das primär von den *Systemen Politik und Wirtschaft* verursacht wird, „z.T. auch vom *System Bildung*. Trotzdem haben sowohl Diakonie als christlich grundgelegtes Teilsystem Sozialer Hilfen sowie Kirche als *Teilsystem Religion* die Aufgabe, dort zu intervenieren, wo als fehler- bzw. sündhaft erkannte Zusammenhänge aus der Perspektive Gottes als verneint erscheinen und so ihre Veränderbarkeit anmahnen. Das ist die prophetisch-anwaltliche Rolle von Diakonie und Kirche, die es gilt unbeschadet ihrer gesellschaftlichen-systemischen Einbindung/Systemfunktion wahrzunehmen. So war es in Fragen der Apartheid, gerechter Handelspreise, Verbot von Kinderarbeit und Kindersoldaten, Schutz von Flüchtlingen/-Verfolgten, Schutz ungeborenen Lebens, Menschenwürde von Sterbenden. So gilt es auch für die Exklusion von Armen hierzulande, die dadurch in ihrer Würde der Gottebenbildlichkeit eingeschränkt werden. „Eine Kirche, die auf das Einfordern von Gerechtigkeit verzichtet, deren Mitglieder keine Barmherzigkeit üben und die sich nicht mehr den Armen öffnet oder ihnen Teilhabemöglichkeiten verwehrt, ist nicht die Kirche Jesu Christi“, sagte ebenso klar wie pathetisch die EKD-Denkschrift „Gerechte Teilhabe“.⁶ Sie hat aber keine Sanktionsmittel, um diesen Einspruch durchzusetzen. Sie ist gewissermaßen auf Nothilfemaßnahmen, auf symbolische Aktionen und auf Lobbyarbeit für die Armen angewiesen.

Anders gesagt: einerseits beschäftigt sich die Diakonie und vermehrt auch die Kirche in Gestalt der Kirchengemeinden, die Armutsprojekte betreiben, professionell mit der Armutsbekämpfung. Als solche, die das tun, sind sie Teil einer solidarischen Zivilgesellschaft. Andererseits ist die Diakonie durch ihre Einbindung in das System sozialer Hilfen bei dieser Tätigkeit eingeschränkt. Sie kann nicht gleichzeitig den Staat, der ihre anderen und das sind die mehrheitlichen Aufgaben finanziert (Altenhilfe, Behindertenhilfe, Pflege) grundsätzlich wegen der Armutsfrage attackieren und in Frage stellen. Ebenso wenig kann die Kirche als Religions-system, dessen hauptsächliche Aufgabe in Verkündigung, Unterricht und Seelsorge besteht und die bei der Finanzierung dieser Religionspflege die Hilfe des Staates in Anspruch nimmt (Kirchensteuererhebung und andere Staatsleistungen) sich vorrangig auf die Armutsfrage konzentrieren, mal abgesehen davon, dass in einer mittelschichtgebundenen Kirche die Armen

⁶ Denkschrift Gerechte Teilhabe, 15

überhaupt nicht zu ihrer direkten Klientel gehören. Eine zu große Fokussierung auf dieses Thema würde ihre normale Mitgliedschaft möglicherweise verärgern, zumal diese ja Steuern für das System sozialer Hilfen zahlen und damit diese Aufgabe als an zuständige Stellen delegiert betrachten.

Kurz: Es gibt eine „Janusköpfigkeit von Diakonie als Zivilgesellschaft und als Teil des politischen Sozialstaats“⁷ und von Kirche als mit den Armen solidarische Kirche und als Kirche der Mitgliederpflege. Die Frage ist, wo sich diese beiden Aufgaben überschneiden, wo die vorrangige Solidarität mit den Armen gewissermaßen als Teil sozialer Hilfen bzw. als genuiner Ausdruck der Religionspflege erscheint und damit einen Politikwechsel befördert und nicht nur die Kompensation schlechter Politik. Das ist wirklich die spannende Frage, die darüber entscheidet, ob sich in der Politik etwas verändert, auch unabhängig von Wahlentscheidungen. Denn „Hartz IV“ wurde wohlgerne von einer rotgrünen Koalition in Gang gebracht.

3. Arme unter uns – Können wir mit der sozialen Spaltung leben?

Vor einem Monat veranstaltete die Nordelbische Kirche zusammen mit dem DGB Nord ein Forum unter dem Titel: Gespaltene Gesellschaft – können wir damit leben? Eine der Antworten, die auf dieser hochrangig besetzten (leitender Bischof und DGB-Vorsitzender waren anwesend, sprachen Grußworte und beteiligten sich an der Diskussion) Veranstaltung gegeben wurde, war: ja, wir können damit leben, wir dürfen es aber nicht wollen. Besonders als Kirche und Gewerkschaft dürfen wir es nicht. Warum – darüber gleich mehr. Fakt aber ist, dass wir uns seit 20 Jahren in einer gespaltenen Gesellschaft eingerichtet haben. Vor 20 Jahren gebrauchte der Soziologe Ulrich Beck das Bild von dem Bus der Arbeitslosigkeit. Will sagen, wer arbeitslos wird, steigt in diesen Bus ein, fährt ein paar Stationen mit, um dann doch bald wieder auszusteigen. Arbeitslosigkeit sei kein dauerndes Schicksal. Das war so, ist aber anders geworden. Es gibt eine Gruppe von Ausgegrenzten und Abgehängten, die keine Arbeit mehr finden oder nur noch schlecht bezahlte, die dann ergänzender Leistungen bedarf. So haben wir zwar weniger Arbeitslose als noch vor fünf Jahren, aber mehr Menschen in Armut.

Trotz der verringerten Arbeitslosigkeit haben wir aber einen deutlichen Anstieg bei der Kinderarmut, jedes siebte Kind (nach einer neuesten Statistik nur jedes zehnte Kind) ist inzwischen vom Armutsrisiko betroffen, was das Bundesverfassungsgericht dazu veranlasste, dem Gesetzgeber eine Neuberechnung des Hartz IV-Satzes abzufordern, eine Forderung, die mit der Bereitstellung von Bildungsgutscheinen nur unzureichend eingelöst wurde.

Der Anstieg der Armutsrisikoquoten, sie stieg zwischen 1999 und 2008 um 50%, in den letzten Jahren, ist eine Folge der Hartz IV-Gesetzgebung. 11,4% der Wohnbevölkerung leben

⁷ Ernst-Ulrich Huster, Armut und Ausgrenzung als Herausforderung der christlichen Kirchen, in: Eurich u.a., Kirchen, 395–407: 405.

laut SOEP 2008 auf einem Einkommensniveau unter 50% des äquivalenzgewichteten Medianeinkommens,⁸ laut Armutsatlas 2009 sind es sogar 14%⁹.

Der Anstieg der Beschäftigtenzahlen kamen vor allem den kurzzeitig Arbeitslosen zugute; bei den Langzeitarbeitslosen ist nur ein leichter Rückgang zu beobachten, ein Teil von ihnen ist in 1 Euro-Jobs tätig, auch für diese sollen die Mittel jetzt gekürzt werden. Und wir haben das merkwürdige Bild, dass eine Institution wie die Diakonie, die den 1-Euro-Jobs gegenüber aus guten Gründen kritisch war, jetzt vehement gegen ihre Kürzung streitet. Sosehr haben sich die Bedingungen für Unterstützung von Arbeitslosen in den letzten zehn Jahren verändert. Weg von großen öffentlichen Beschäftigungsprogrammen und Programmen wie „Tariflohn statt Sozialhilfe“ zu kürzeren Arbeitsförderungsmaßnahmen und Arbeitsgelegenheiten.

„Tiefe Risse gehen durch unser Land“, sagte das Gemeinsame Wort der beiden Kirchen 1997. Dies klare Wort zur sozialen Lage im geeinten Deutschland wollte diese Risse schließen helfen. Doch das Gegenteil ist geschehen – sie sind noch tiefer geworden und was schlimm ist: wir als Gesellschaft können damit leben. Die Milieus teilen sich auf in Gewinner und Verlierer. Bei immer mehr Menschen entsteht ein Gefühl des Driftens. Die klassenspezifische Verteilung des Armutsrisikos bleibt einerseits gleich und verändert sich – die Armut reicht jetzt mehr in die Mitte, verfestigt sich aber an den Rändern. Aber unsere Gesellschaft fällt noch nicht gänzlich auseinander. Wir haben gelernt mit der gesellschaftlichen Spaltung zu leben. Es gibt zwar Ausgrenzungen, es gibt ein Drinnen und Draußen, Arbeitsplatzbesitzer und Arbeitslose bzw. prekär Beschäftigte, Einheimische und Migranten, aber wir sitzen noch in einem Boot. Unsere Gesellschaft reproduziert sich in der Weise, dass sie ausgrenzt und trotzdem noch zusammenbleibt. Wenn wir sie als ein Boot auf hoher See betrachten, so sitzen da in einer Ecke diejenigen, die wir die Ausgegrenzten oder manchmal schon die Überflüssigen nennen. Sie sind nämlich überflüssig für unsere Volkswirtschaft. Eigentlich brauchen wir sie nicht mehr, aber wir werfen sie nicht über Bord, wir halten sie drinnen mit Mini- und Niedriglohnjobs, stocken diese auf, wenn nötig, wir halten sie drin mit Hartz IV-Regelsatz und Arbeitsgelegenheiten (1-Euro-Jobs). Ab und an machen wir ihnen Vorwürfe – Sozialschmarotzer, dekadente Verhältnisse, die BILD-Zeitung wies auf „Viagra-Kralle“ „Jeden Tag eine neue Viagra-Pille gratis vom Sozialamt? Müssen wir Steuerzahler denn für alles blechen“ und „Miami-Rolf“ hin: „Ihm zahlt das Sozialamt die schöne Wohnung am Strand von Miami“. Sprüche wie: „Es gibt kein Recht auf Faulheit“, „Wer arbeiten kann, aber nicht will, der kann nicht mit Solidarität rechnen.“ – so der damalige Kanzler Schröder 2001 – beförderten die Faulenzer und Drückeberger-Debatten und waren die Eröffnung zur Hartz IV-Reform 2004. Denn die Armen, so heißt es, strengen sich zu wenig an (und das stimmt für jenen Teil von ihnen auch, denen wir in den Einkaufszonen als gesellige Trinkergruppen begegnen). Dann wieder, wenn

⁸ A.a.O., 396 f.

⁹ Eurich, Einleitende Überlegungen, 10.

ein neuer Bericht über die Folgen nicht zu leugnender Kinderarmut erschienen ist, haben wir einen Augenblick lang das Gefühl, so geht es auch nicht. Talkshow mit Kinderarmutsforscher Professor Butterwegge bei Anne Will, der bestürzende Fakten nennt. Doch dann gewöhnen wir uns wieder an die Spaltung und leben ganz gut damit. Es gibt eine Entsolidarisierung, die in der Struktur des Wirtschaftens liegt. Die einen machen Wohlstandsgewinne gegen die anderen. Der subjektive Solidaritätsverlust kommt hinzu: Wir haben gelernt wegzugucken, wenn wir den Armen begegnen, mal abgesehen davon dass wir ihnen in unseren getrennten Quartieren in der Regel nicht mehr begegnen. Segregation ist das. Oder wir sagen: „Geh doch zur Tafel.“ Es reicht, wenn die Armen einigermaßen versorgt sind, dafür gibt es ja die Tafeln, mit deren Hilfe können sie drin bleiben im Boot. Und dann denken wir zuweilen: irgendwie und ehrlich gesagt sind sie ja auch selber schuld an ihrem Schicksal, sie haben sich bildungsfern verhalten, nicht genug angestrengt, ihre Schulden sind auch ein Stück eigener Schuld usw. Und fragt man die Armen, so empfinden sie das oft auch selbst so. Kurz: Wir können mit der sozialen Spaltung leben, aber als Kirche und Diakonie dürfen wir es nicht wollen!

4. Ein Erklärungsmuster – die Ausgegrenzten sind auch selbst schuld.

Relative Armut in einem reichen Land, das meint vor allem kulturelle und soziale Ausgrenzung dieser Menschen. Kinder armer Eltern können keinen im heutigen Verständnis attraktiven Geburtstag feiern, sie werden schlechter ernährt, unternehmen keine Urlaubsreisen, erhalten keine Nachhilfestunden. Soziologen wie Heinz Bude sprechen sogar schon fatalistisch von dem Ende der großen Erzählung, der Erzählung von der schrittweisen Bewältigung der sozialen Frage durch eine ständig erweiterte Integration: „Das Ende vom Traum der gerechten Gesellschaft“ heißt sein Buch „Die Ausgeschlossenen“ im Untertitel.¹⁰ Was nicht mehr funktioniert, sei die gesicherte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Exkludierte machten die Erfahrung, nirgendwo mehr richtig hinzugehören. Gerade die Transferleistungen können ihnen diese Erfahrung der Teilhabe nicht mehr vermitteln. Im Gegenteil, so Bude, sie hätten zu einer Kultur der Abhängigkeit geführt und er zitiert Tocqueville: Wer von der Wohlfahrt lebt, ist ohne Furcht, aber auch ohne Hoffnung.¹¹ Das seien nicht mehr die alten Randgruppen, sondern Millionen von Ausgeschlossenen, die einen Keil durch unsere Gesellschaft treiben:

„Kinder, die in Verhältnissen aufwachsen, wo es für keinen Zoobesuch, keinen Musikunterricht und nicht für Fußballschuhe reicht, junge Leute ohne Hauptschulabschluss, die sich mit Gelegenheitsjobs zufrieden geben müssen, Frauen und Männer im mittleren Alter, die freigesetzt worden sind und keine Aussicht auf Wiederbeschäftigung haben, Scheinselbständige

¹⁰ Heinz Bude, Die Ausgeschlossenen. Das Ende vom Traum einer gerechten Gesellschaft, München 2008.

¹¹ A.a.O., 17.

und Projektmitarbeiter ohne soziale Rechte, Minijobber und Hartz IV-Aufstocker, denen es kaum zum Leben reicht“.¹²

Bildungsdefizite und offensichtliche Körpermale der Unterschicht werden ausgemacht, sie sind sozusagen die neuen Kainszeichen einer gespaltenen Gesellschaft. Und dann sagt Bude auch (ich beziehe mich auf einen Vortrag im Hamburger Institut für Sozialforschung 2010): Es sei vor allem ihre Haltung, die sie nicht mehr den Anschluss an die gesellschaftliche Mitte finden lasse. Er nennt zwei Beispiele: ca. 20% ausbildungsmüde Jugendliche, die sich dem Unterricht verweigern und die Pädagogen zur Verzweiflung bringen. Sie seien die ehemals proletarischen Jugendlichen, die in anderen Zeiten mit ihrem Spaß am Widerstand trotzdem ihren Ort an Industriearbeitsplätzen fanden, wo ein hartes Verhalten durchaus angebracht war. Heute bekämen sie ohne Ausbildung nur noch billig entlohnte Dienstleistungsjobs und manövierten sich mit ihren verratenen Träumen ins gesellschaftliche Aus. Zweites Beispiel: Eine alleinerziehende Mutter von zwei Kindern, lange auf einer Psychologenstelle tätig in einem staatlich geförderten Projekt, verliert ihren Job, weil die Gelder gekürzt werden. Sie zieht sich ins soziale Schneckenhaus zurück, geht zum Beispiel nicht zu einem Geburtstag einer Freundin, wo sie genau das fände, was sie braucht, nämlich Kontakte, Bekannte von Bekannten, die eine Idee haben, einen hilfreichen Rat für einen Job usw. Sie entwickelt ein institutionelles Misstrauen (die Behörden und Beratungsstellen sind nur für die anderen da). Sie verliert den Mut, greift zu Tröstern (Pillen, Alkohol), ihre Selbstachtungsstrategie wirkt kontraproduktiv. Sicher: Es ist zu einfach zu sagen, solche Menschen sind nur Opfer des Systems. Sie geben ihr Schicksal teilweise auch selbst aus der Hand, nehmen Zuflucht zu einer „Schicksalsmystik“ (Sparschuh): „wir können nichts tun“. Bude nennt die funktionale Arbeitsteilung, die Migrationsentwicklung und die Transformation des Wohlfahrtsstaats als Gründe dafür. Gab es früher den institutionalisierten Klassenkampf mit Streiks und Tarifauseinandersetzungen, bei dem auch die Verlierer sozusagen gewannen, in Gestalt höherer Löhne, so gibt es heute die passiven Verlierer, die Schicht der Überflüssigen, ALG-II-Empfänger und working poor. Das ist eine sozialwissenschaftliche Interpretation, die zwar Richtiges beobachtet, eben den „Statusfatalismus der unteren Schichten“ (Renate Köcher), die nicht mehr daran glauben, ihre Lage ändern zu können. Es wird eher mit Lähmung und mit Angst statt mit Protest reagiert. Prekarisierung führt eben nicht automatisch zur Gegenwehr, sondern eher zur Resignation. Es sind aber vor allem die Frauen, die die Familien noch zusammenhalten.

Bei Bude wird aber zugleich die gewollte Begünstigung der Wirtschaft durch die Politik verschleiert bzw. entschuldig. Er gibt keine Handlungsmöglichkeiten mehr an und verzichtet auf eine normative Gerechtigkeitsdebatte.

¹² A.a.O., 19 f.

Das aber kann nicht der christliche Weg sein: Deswegen hat der „Hamburger AK Kirche und Gewerkschaften“ in einem Flugblatt zum 1. Mai aufgefordert

- zu einer Debatte, die Klarheit schafft über Wege der sozialen Sicherung und einer Sozialpolitik, die der Würde des Menschen und den Anforderungen des Gerechtigkeitsbegriffs gleichermaßen entspricht;
- zur Schaffung bzw. Wiederherstellung tarifpolitischer Strukturen, richtig ausgestaltet trägt ein solches System der Selbstregulierung zu größerer Verteilungsgerechtigkeit bei, auch im Sinn von gleichberechtigter Teilhabe aller;
- zur Weiterentwicklung der Arbeitsmarktpolitik, die die inhumanen und kontraproduktiven Auswüchse der vergangenen Jahre beendet;
- zu einer intensiven gesellschaftlichen Diskussion über eine möglichst gerechte Verteilung der Einkommen und Vermögen im Allgemeinen sowie speziell der im Verlauf der Finanzkrise entstandenen Lasten; dabei ist die Frage der Vermögens-, Börsenumsatz – und Erbschaftssteuern erneut aufzunehmen.

Das sind unbequeme Forderungen, die in EKD-Texten tunlichst umgangen werden, weil die zuständigen Kammern überparteilich besetzt sind. Die Armutsfrage ist aber auch eine Reichtums- und Verteilungsdebatte. 2009 gab es sage und schreibe 860 000 Millionäre in Deutschland. Deswegen stellte die EKD-Synode 2006 in einer Kundgebung fest: „Inzwischen verfügt das reichste Zehntel der Bevölkerung nahezu über die Hälfte des Gesamtvermögens. Dagegen besitzt das unterste Drittel nicht viel mehr als ein Zwanzigstel. Mittlerweise gibt es vermehrt Löhne unterhalb des Existenzminimums, während Gehälter von Spitzenverdienern explodieren. Diese Entwicklung entwertet die Lebensleistung von Millionen Menschen.“¹³ Die Synode warnte vor einem Verlust von Akzeptanz des Reichtums. Gehört wird das aber nicht.

Also noch mal zusammengefasst: Wir können mit der gesellschaftlichen Spaltung leben, aber als Kirche und Diakonie dürfen wir es nicht wollen, das gebietet die Option für die Armen. Kirche und Diakonie können als Dienstleister, Anwalt und Solidaritätsstifter einiges tun, um die Lage der Armen zu verbessern.

5. Anwaltliche Voten für die Armen

Eine traditionelle Rolle von Diakonie und Kirche ist die des stellvertretenden Anwalts der Armen: „Sprechen für die, die keine Stimme haben“ (Martin Luther King). Bereits 1989 gab es ein Wort der EKD-Synode: „Armut in Deutschland“.¹⁴ Darin wird auf die dramatisch gestiegene Zahl der Sozialhilfeempfänger und der Arbeitslosen aufmerksam gemacht. Kirche dürfe hier nicht schweigen. Die Gemeinden werden zu genauer Wahrnehmung und zur

¹³ Denkschrift Gerechte Teilhabe, 84.

¹⁴ Ingrid Breckner, Die Armen und die Reichen. Soziale Gerechtigkeit in der Stadt, Hamburg 1993, 85 ff.

Unterstützung der Armen aufgefordert, Armutsberichte und eine Reform der Sozialhilfe werden angemahnt. In den folgenden anderthalb Jahrzehnten haben Diakonisches Werk und Caritas in Armutsuntersuchungen immer wieder auf den Anstieg der Armutsbevölkerung hingewiesen und sind anwaltlich für armutsfeste soziale Sicherungssysteme eingetreten. Besonders zu erwähnen ist das im September 1992 veröffentlichte Positionspapier des Deutschen Caritasverbandes unter dem Titel „Arme unter uns: Der deutsche Caritasverband bezieht Position“¹⁵, das auf einer bereits 1991 durchgeführten Klientenbefragung basierte. Niemand kann sagen, er habe es nicht gewusst. Damals schon gab es die Forderung, die soziale Sicherung armutsfest zu machen. 1995 führten Caritas und Diakonisches Werk eine Lebenslagenuntersuchung in Ostdeutschland durch, deren Ergebnisse 1997 der Öffentlichkeit präsentiert wurden.

1997 veröffentlichten die beiden großen Kirchen nach einem längeren Konsultationsprozess unter dem Titel „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ das sogenannte Sozialwort des Rates der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland.¹⁶ In dem Kapitel „Armut in der Wohlstandsgesellschaft“ wird eine deutliche Option für die Armen vertreten. Diese biblische Option halte an, „die Perspektive der Menschen einzunehmen, die im Schatten des Wohlstand leben und weder sich selbst als gesellschaftliche Gruppe bemerkbar machen können noch eine Lobby haben.“ Die Diakonie hat neben ihrem anwaltlichen Eintreten für die Armen viele kleine sogenannte Armutsprojekte unterstützt oder selbst aufgebaut, die die EKD-Denkschrift von 1998 „Herz und Mund und Tat und Leben“ als zivilgesellschaftliche Umsetzung Wicherns (Wichern III) deutete. Besonders das Projekt Hinz & Kunzt, die Kirchenkaten und die Einrichtung eines Spendenparlaments in Hamburg, mit denen man auf die wachsende Armut in der Stadt reagierte, wurden lobend erwähnt. Die Frage, ob die Diakonie als Teil eines Gesellschaftssystems, das immer mehr Menschen in die relative Armut treibt, mit gravierenden Folgen besonders für die Kinder, die in Armut leben,¹⁷ nicht mehr und anderes tun kann, als anwaltlich und in Nothilfeprojekten darauf zu reagieren, wurde zwar gestellt; es kam jedoch zu keinem alternativen theoretischen Ansatz und seiner praktischen Umsetzung.

Ein paar Jahre später sprachen sich die führenden Vertreter der evangelischen Kirchen für eine Annäherung an die rotgrüne Reform des Sozialstaates und nahmen ihre anwaltliche

¹⁵ Richard Hauser/Werner Hübinger, *Arme unter uns Teil 1. Ergebnisse und Konsequenzen der Caritas-Armutsuntersuchung*, Freiburg 1993, 17–46.

¹⁶ *Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit. Wort des Rates der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland*, hg. vom Kirchenamt der EKD Hannover und vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn 1997.

¹⁷ Laut AWO Sozialbericht 2000, Bonn 2000, waren 1998 etwa 1 Million Kinder und Jugendliche auf Sozialhilfe angewiesen, eine gleich große Gruppe realisierte aus verschiedenen Gründen ihren Sozialhilfanspruch nicht. Arbeitslosigkeit, Migrationshintergrund und Alleinerziehung sind die Hauptursachen für die wachsende Kinderarmut. S. dazu Christoph Butterwegge, *Kinderarmut in Deutschland. Ursachen, Erscheinungsformen und Gegenmaßnahmen*, Frankfurt/New York 2000; ders., *Armut und Kindheit*, Opladen 2003.

Position teilweise zurück.¹⁸ Dann kam es zur Großen Koalition und zu weiterer Deregulierung. 2006 veröffentlichte die EKD die Denkschrift „Gerechte Teilhabe. Befähigung zur Eigenverantwortung und Solidarität.“ Diese sog. Armutsdenkschrift vertritt die Armutsdefinition, die dem Zweiten nationalen Armuts- und Reichtumsbericht der deutschen Bundesregierung zugrunde liegt: „Armut i. S. sozialer Ausgrenzung und nicht mehr gewährleisteter Teilhabe liegt dann vor, wenn die Handlungsspielräume von Personen in gravierender Weise eingeschränkt und gleichberechtigte Teilhabechancen an den Aktivitäten und Lebensbedingungen der Gesellschaft ausgeschlossen sind.“¹⁹ Solche gerechte Teilhabe für die Armen wiederherzustellen fordert sie. Die Denkschrift spricht aber nur noch von einem „Impuls zum sozialen Ausgleich“²⁰. Sie weist auf die Gefahr eines Wohlfahrtspaternalismus hin, wenn durch bloße Finanztransfers nicht zu eigenverantwortlichem Handeln ermächtigt wird. Die Denkschrift fordert deswegen eine enge Verzahnung von Sozial-, Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik.²¹

Der gegenwärtig populären Tendenz (Armut macht dick und verblödet), allein mangelnde Bildung für die kulturelle Exklusion der Unterschicht verantwortlich zu machen, entgeht sie Gott sei Dank (wenn auch nur knapp). Der Niedriglohnsektor soll so klein wie möglich gehalten (was heißt das angesichts seiner grassierenden Expansion?), Beschäftigungsförderung für gering bezahlte Arbeitsplätze angestrebt werden. Das hört sich nach dem CDU-Kombilohn und des damaligen SPD-Ministers Lohnzusatz für ältere Arbeitnehmer an. So ist das nun mal in ausgewogenen Denkschriften. Immerhin plädiert sie wie die Diakonie für öffentlich geförderte und wo nötig auch direkt öffentlich bereitgestellte Arbeitsplätze.²²

Ich meine: Gerechte Teilhabe muss staatlich gestaltet, notfalls erzwungen werden. Denn das von der Denkschrift zitierte Rawlssche Gerechtigkeitstheorem funktioniert in der Nachkriegsgesellschaft nur bis Ende der 1980er Jahre. Dann führte die Massenarbeitslosigkeit für immer mehr Menschen zum Ausschluss von der Teilhabe am Arbeitsmarkt und infolgedessen auch vom sozialen und kulturellen Geschehen. Die Verpflichtung zum sozialen Ausgleich (Sozialstaatsgebot) wurde zunehmend ebenso dereguliert wie die Arbeitnehmerrechte (Kündigungsschutz im Krankheitsfall, Tarif- und Mindestlöhne u.a.). Das aber sagt die Denkschrift leider nicht. Zudem kaschiert sie mit dem Begriff Teilhabe, dass inzwischen eine Schmälerung der Rechte stattgefunden hat. Es muss besser Beteiligung heißen (so Friedhelm

¹⁸ Der damalige EKD-Ratsvorsitzende Manfred Kock lobte angesichts des Berliner Ökumenischen Kirchentages 2003 den Reformkurs der rotgrünen Regierung, sein Nachfolger Wolfgang Huber sekundierte; die Deutsche Bischofskonferenz rückte in ihrem Impulstext „Das Soziale neu denken“ teilweise vom Sozialwort ab, s. Frankfurter Rundschau 14.12.2003. Auf einem Empfang des Sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD auf dem Kirchentag 2011 in Dresden bekräftigte Huber seine Position: das Problem von Hartz IV seien nicht seine Regelungen, sondern wie sie in der Öffentlichkeit vermittelt würden!

¹⁹ Denkschrift Gerechte Teilhabe, 18

²⁰ A.a.O., 44

²¹ A.a.O., 14

²² A.a.O., 13

Hengsbach). Also diese Denkschrift kann nicht das letzte Wort der Evangelischen Kirche zu dem Thema sein.

In ihrer Anwaltsfunktion müssen sich Kirche und Diakonie auch stärker als Teil der Zivilgesellschaft und der sozialen Bewegungen gegen Armut sehen, Allianzen der Solidarität eingehen. Eine solche Allianz ist etwa die Beteiligung an der Nationalen Armutskonferenz, deren Sprecher ein Diakonie-Pastor (Wolfgang Gern) ist.

6. Barmherzigkeit und Begegnung – Notwendigkeit und Fragwürdigkeit der Tafeln, Vesperkirchen und Kirchenküchen.

Die Tafelbewegung ist die erfolgreichste Bürgerinitiative der letzten 10 Jahre. Die Grundidee ist so einfach wie erfinderisch – überflüssige Lebensmittel werden an die wachsende Zahl von armen Menschen in der Bundesrepublik verteilt. Trotzdem werden besonders die Tafeln von der Diakonie wie von der Sozialarbeitsforschung in letzter Zeit stärker kritisiert. Geschieht das zu Recht? Seit der Hartz IV-Reform im Jahr 2004 ist die Zahl der Tafeln sprunghaft fast auf das doppelte angestiegen. Der Grund: „Hartz IV ist staatlich verordnete Unterversorgung.“²³ Eine neue Unterschicht nimmt seit zehn Jahren ergänzende Armutsdienste wie die Tafeln, Suppenküchen, Vesperkirchen, Kleiderkammern, Umsonstläden etc in Anspruch, um einigermaßen zu recht zukommen. Die Wissenschaft (R. Castel) spricht von der Spaltung der Gesellschaft in verschiedenen Zonen. Zwischen der „Zone der Integration“ mit einigermaßen gesicherter Normalbeschäftigung und der „Zone der Entkoppelung“, der von regulärer Erwerbsarbeit Ausgeschlossenen, gibt es eine sich ausweitende „Zone der Prekarität oder Verwundbarkeit“. Zu ihnen gehören Zeit- und Leiharbeiter, Minijobber, Teilzeitbeschäftigte, Niedriglöhner, schließlich die 1-Euro-Jobber der zeitweilig Arbeitslosen. Wer aus einer Leiharbeitsstelle geflogen ist und Sozialgeld bezieht, für den kann es ab Monatsmitte klamm werden. Auf einmal befindet er oder sie sich fast ganz unten und nimmt die Hilfe der Tafel und Küchen in Anspruch.

Tafeln sind einerseits notwendig, weil sie die unzureichende staatliche Grundsicherung ergänzen. Sie sind andererseits fragwürdig, weil sie durch ihren Dienst zu einer Verfestigung von Armut beitragen. Der Diakonie-Text „Es sollte überhaupt kein Armer unter euch sein“ nennt das ein „Dilemma von Armutslinderung und Armutsverfestigung“²⁴. Tafeln sind nach Aussage des Tafeln-Forschers Stefan Selke ein „Pannendienst an der Gesellschaft“, sozusagen der ADAC-Pannwagen für Arme auf der Versorgungsebene, sie lindern Not, ohne ihre

²³ Franz Segbers, Pflaster auf einer Wunde, die zu groß ist. Tafeln, Sozialkaufhäuser und andere Dienste zwischen Armutslinderung und Armutsverfestigung, in: Eurich u.a., Kirchen, 475–493: 476.

²⁴ DW EKD, „Es sollte überhaupt kein Armer unter euch sein“. Tafeln im Kontext sozialer Gerechtigkeit, Diakonie-Texte Berlin 2010, 25.

Ursachen zu bekämpfen. Tafeln können Spaltungsprozesse regional und lokal ruhig stellen, aber keine dauerhafte Lösung für das Problem gesellschaftlicher Spaltung sein. Deswegen sagt das Diakonie-Papier: „Tafeln dürfen nicht zum Bestandteil einer staatlichen Strategie zur Überwindung von Armut werden.“²⁵

Also im Klartext geredet: Je mehr Tafeln es gibt, umso größer ist das Versagen des Staates. Gerade Kirche und Diakonie mit ihrer Geschichte der Mildtätigkeit müssen aufpassen, dass sie diesen Prozess nicht unfreiwillig unterstützen. Sie würden mit ihrer Versorgungs- und Tafelhilfe in jenen Assistentialismus zurückfallen, den staatliche und kirchliche Entwicklungspolitik auf internationaler Ebene längst aufgegeben hat.

Unzureichende Hartz IV-Sätze bringen also einen übrigens geringen Teil der Armen dazu ihre Scham zu überwinden und zur Tafel zu gehen. Die Tafelnutzer müssen dabei nehmen, was ihnen die Überflusgesellschaft übrig gelassen hat. Nebenbei tragen Tafeln tragen zur Entsorgung des Lebensmittelüberschusses von Supermärkten und Hotels bei, sie ersparen ihnen teure Entsorgungskosten und vermitteln Metro, REWE, Edeka u.a. zudem einen Imagegewinn, da sie ja was Gutes für die Armen tun.

Die vielen freiwilligen Helfer, die bei den Tafeln mitarbeiten, es sind ca. 40 000 sollten sich darüber klar werden, was sie mit ihrer zunächst lobenswerten Tätigkeit tun. Bedenklich genug haben die Ehrenamtlichen, die bei Tafeln mitarbeiten (immerhin 68% nach Selke), keine oder fast keine Vorstellung davon. Für sie ist das sofort helfen wichtig, nicht die politische Perspektive. „Handeln nicht Reden“ ist ihr Motto. Sie tun das manchmal mehr für sich und ihr Selbstwertgefühl als für eine effektive Armutsbekämpfung. Anders ist das bei den Hauptamtlichen, die sich nach Selke Gedanken über eine Exit-Strategie und politische Anwaltlichkeit machen. Die Ehrenamtlichen aber bestimmen die Politik des Tafelverbands.

Ihr bürgerschaftliches Engagement ist Teil einer Strategie der „Neuerfindung des Sozialen“ (Lessenich), das von den Bürgern mehr Aktivierung fordert, um den Sozialstaat zu entlasten. Dieser wird auf seine Kernaufgaben reduziert. Was der rechtsbasierte fürsorgliche Wohlfahrtsstaat an Beratung und Unterstützung den Menschen in schwierigen Lebenslagen leistete, das soll angesichts der wachsenden Zahl von Unterstützungsempfänger zum einen bürokratisch durch Fordern abgelöst werden, zum andern, wenn es nicht greift, durch bürgerschaftliches Engagement der Armenversorgung, um nicht zu sagen: Armenspeisung. Die Tafeln gehen vor diesem Hintergrund „eine unheilvolle Symbiose mit den Regierungen ein, deren neoliberale Politik genau die Kürzungen erfordert, die den Tafeln die Kundschaft bringt.“²⁶ Auf Kirche bezogen: die Neuordnung des Sozialstaats bringt den Kirchen und ihren

²⁵ A.a.O., 5.

²⁶ Stefan Selke, Das Leiden der Anderen. Die Rolle der Tafeln zwischen Armutskonstruktion und Armutsbekämpfung, in: Ders., Tafeln in Deutschland. Aspekte einer sozialen Bewegung zwischen Nahrungsmittelumverteilung und Armutsintervention, Wiesbaden 2009, 28.

Gemeinden jene Armutsprojekte, die es nach einer guten jüdisch-christlichen Tradition nicht geben sollte, weil sie keine neuen Rechte garantieren.

Wenn sich einige Gemeinden durch Armutsprojekte wieder verlebendigen, wie Heinrich Grosse in seiner empirischen Untersuchung „Wenn wir die Armen unser Herz finden lassen“²⁷ herausgefunden hat, so ist das zwar begrüßenswert, aber doch ein zweiseitiger Erfolg, wenn erst die Armut vieler Menschen Gemeinden zu solidarischem Handeln und damit zu neuer Bedeutsamkeit bringt! Zugespitzt gesagt: Armut als Motor von Gemeinde-Aktivierung, das ist lobenswert und darf es doch nicht sein bzw. das darf es nur sein, wenn damit politische Konsequenzen verbunden werden! Wiederholt sich hier ein Schema des 19. Jahrhunderts, als das Wachstum „entsittlichter“ armer Problemgruppen infolge der Industrialisierung zur Gründung der Vereine der Inneren Mission führte, die aber keine strukturelle Lösung dieses Problems anstrebten, sondern die Not der entkirchlichten Armen auch zu ihrer Missionierung und sittlichen Bildung benutzten und zur Gründung eines Wohlfahrtsverbands? Nach wie vor ist der kernige Spruch von Pestalozzi als Warnung zu hören: „Wohltätigkeit ist das Ersäufen des Rechts im Mistloch der Gnade“.

Um den Fallen der Tafelarbeit zu entgehen, sind folgende Handlungsempfehlungen zu beachten:

- a) Lebensmittelarbeit ist mit Beratungsarbeit und weiterführender professioneller Hilfe zu verbinden. Das ist die Chance gerade kirchlicher Tafel-Projekte in Zusammenarbeit mit den professionellen Diensten von Diakonie und Caritas. Keine Tafel ohne Verweise auf Beratung. „Diese Kooperation kann den Qualitätsstandard kirchlichen Tafelengagements sicherstellen.“²⁸
- b) Tafeln und Vesperkirchen können symbolische Aktualisierungen des urchristlichen Traums einer egalitären Gesellschaft und der Konvivenz von Verschiedenen sein.

So die bundesweit bekannte Vesperkirche in der Stuttgarter Leonhardskirche Die Initiatoren sagten: „Am Anfang stand die Idee: Menschen, die sich sonst nicht begegnen, sollten an einem Ort zusammenkommen um miteinander zu leben.“ Und: „Die Vesperkirche bietet mehr als einen Teller warme Suppe...Menschen finden in der Vesperkirche zwischen Januar und Palmsonntag, was sie zum Überleben brauchen.“ Claudia Schulz hat auf das „Nebeneinander von Elend und Festlichkeit“²⁹ hingewiesen. Indem die Armen in der Gemeinschaft der Kirche und im Kirchraum auftreten und dort essen, geschieht eine gewisse Überwindung der Unsichtbarkeit von Armut im Alltag. Denn

²⁷ Heinrich Grosse, „Wenn wir die Armen unser Herz finden lassen...“ – Kirchengemeinden aktiv gegen Armut und Ausgrenzung. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD, epd-Dokumentation Nr. 34, 14.08.2007; s. auch ders., Von einer Kirche für die Armen zu einer Kirche mit den Armen?, in: Eurich, Kirchen, 309–328: 309 ff.

²⁸ Segbers, Pflaster auf einer Wunde, 489; zum Folgenden s. auch Hans-Jürgen Benedict, Pannendienst an der Gesellschaft, Tafeln und Kirchenküchen in der Kritik, NDR Kultur, 13.11.2011.

²⁹ Claudia Schulz, Arme Menschen in der Kirche und ihren Gemeinden, in: Eurich u.a., Kirchen, 280–298: 294.

abgesehen von den Trinkertreffpunkten im öffentlichen Raum verstecken sich viele Arme in ihren abgehängten Quartieren und Wohnungen und fallen damit den Bessergestellten nicht optisch und möglicherweise damit auch seelisch zur Last. Wo sie sich in großer Zahl an zentral gelegenen Kirchen einfinden, auch mit alkoholischen Getränken und sie begleitenden Hunden, sind sie ein Ärgernis für die Normalen. Sie stören unser Bild von einer gut geordneten überraschungsfreien Konsum- und Erlebnisgesellschaft.

Die Vesper-Kirche dramatisiert so auch gesellschaftliche Spaltung, wie es schon das Projekt des Verkaufs von Straßenmagazinen durch Wohnungs- und Obdachlose tut, die vor Supermärkten stehen oder in der S-Bahn das Publikum ansprechen. Können Kirchengemeinden also eher symbolisch das vorleben, was die Gesellschaft nicht hinbekommt, eben ein Zusammenleben mit den Ausgegrenzten, eine Konvivenz der Verschiedenen? Können wir den „Überflüssigen“, die gerade noch geduldet in einer Ecke des Gesellschaftsschiffes sitzen, mehr beteiligen, mehr Anerkennung geben, besser wahrnehmen?

- c) Dazu braucht es drittens auch des Muts zur politischen Einmischung. Wer die Organisation einer Tafel übernimmt, hat damit auch „ein besonderes politisches Mandat“³⁰. Die Tafelbewegung muss sich an Initiativen zur Überwindung solcher Notlagen beteiligen, die die Tafeln erst nötig machten. „Erfolg haben die Tafeln erst dann, wenn sie überflüssig werden.“³¹. Der Diakonie-Text hält jedoch die Forderung der Abschaffung der Tafeln für nicht plausibel, da sie sich in der Mitte des von Dt 15,4 bezeichneten Spannungsfeldes – Arme sollen nicht sein, aber es gibt allezeit Arme – befinden.
- d) Denkbar wäre auch ein Boykott- und Aktionstag aller Tafeln, Kirchenküchen, Arbeitslosencafes, Kleiderkammern etc. Das hieße: Für einen oder mehrere Tage die Hilfe einstellen, um der Öffentlichkeit zu demonstrieren, wie der an sich zuständige Staat sich daran gewöhnt, dass ein Teil der Armen durch bürgerschaftliches Engagement bloß „geziemlich versorgt“ (Luther) ist und er damit der Sorge enthoben ist, strukturelle Maßnahmen zu ergreifen, die die Spaltung der Gesellschaft beenden. Vielleicht könnte sich das zu einer „Kampagne der Armen“ (Martin Luther King) entwickeln, die einer reichen Gesellschaft den Spiegel ihrer Kehrseite vorhält.
- e) Schließlich sollten Tafeln und Kirchenküchen darauf achten, dass sie die Nutzer als gleichberechtigte Subjekte sehen, nicht in der Objektrolle von bloß Empfangenden. Tafeln und Kirchenküchen sollten ihre Selbsthilfekräfte stärken (etwa Kochkurse für günstige und gehaltvolle Ernährung anbieten oder die Nutzer an der Essensvorbereitung beteiligen).

³⁰ DW EKD, Es sollte überhaupt kein Armer, 22.

³¹ Segbers, Pflaster auf einer Wunde, 490.

- f) Sinnvoll ist es, als Tafel bei der Kommune darauf hinzuwirken, dass die Tafelnutzung mit einem Beteiligungsrecht auf Nutzung städtischer Einrichtungen (Bücherei, Musikschule, Schwimmbad, Zoo) verbunden wird.
7. Tätig werden im politischen Raum – Option für die Armen als praktische Lobbyarbeit am Beispiel der Caritas

Das Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung ist vorüber. Die meisten Mitglieder der bessergestellten Schichten haben wohl gar nicht mitbekommen, dass es dieses Jahr gegeben hat. Caritas Europa hatte 2010 eine Kampagne ZERO POVERTY ins Leben gerufen, die Ende des letzten Jahres eine Petition gegen Armut den Europäischen Institutionen überreichte. Darin wurden konkrete Gesetzesinitiativen gegen Armut verlangt. Aber auch das fand keine Aufmerksamkeit in der Presse. Dies ist das jüngste Beispiel für Lobbyarbeit der Wohlfahrtsverbände im Interesse der Armen, die nicht, wie es auch oft geschieht, vor allem der Sicherung von Marktanteilen sozialer Dienstleister gewidmet ist.

Zu nennen ist hier auch das Sozialmonitoring. Im Oktober 2003 hatten die Präsidenten der BAGFW die Gelegenheit, mit Kanzler Schröder über die Gefahren der später als Hartz IV bekanntgewordenen Gesetze zu sprechen. Damals wies Caritas-Präsident Neher auf die negativen Auswirkungen für die Menschen im unteren Einkommensdrittel hin. Es wurde danach verabredet, sich weiterhin zu treffen und über die Auswirkungen der Sozialreform und dann auch der Gesundheitsreform zu sprechen. Das geschah zweimal jährlich bis 2009. In einer gemeinsamen Erklärung sagte die Regierungsseite, dass sie es „ begrüßt, wie die freie Wohlfahrtspflege als sensible Fürsprecherin für die betroffenen Menschen intensiv die Auswirkungen von Sozialreformen beobachtet und um weiterführende Lösungsvorschläge bemüht ist.“³² Ist das ein zweiseitiges Lob – gut dass ihr dabei seid und schlimmste Fehler mit behebt, aber an der Grundstruktur dürft ihr nichts ändern?! Thomas Becker weist in nicht ohne Stolz darauf hin, dass es der Intervention der Wohlfahrtsverbände zu verdanken ist, dass zum einen auf den Vorschlag der freien Wohlfahrtspflege hin ab dem Schuljahr 2009/10 im SGB II bzw. SGB XII eine „zusätzliche Leistung für die Schule“ in Höhe von 100 € je Schüler gewährt wird, dass zum andern das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 9.2.2010 betr. den neuen Kinderregelsatz auf Berechnungen und Vorschläge des Caritasverbandes zurückgeht.³³ Die Caritas hatte kritisiert, dass der Regelsatz von Kindern mit einem willkürlich festgesetzten Prozentwert aus dem Regelsatz alleinstehender Erwachsener abgeleitet was dem spezifischen Bedarf der Kinder nicht gerecht wird, etwa den Kosten für Bildung, Spielzeug,

³² Zit. n. Thomas Becker, Die Lobbyarbeit des Deutschen Caritasverbandes am Beispiel der Bekämpfung der Kinderarmut, in: Eurich u.a., Kirchen, 460–474: 462.

³³ A.a.O., 463 ff.

Kinderbetreuung. Die einzelnen Kritikpunkte des Caritasverbandes sind Fehlbedarfe, die von Fachleuten entdeckt und artikuliert werden, etwa der systematische Fehler bei der Berechnung von Verkehrsausgaben. Toll, dass das jetzt über das Urteil des BVerfG vom Gesetzgeber korrigiert werden muss. Die Umsetzung ist über Bildungsgutscheine, der Staat in der Rolle des Erziehers nicht ganz mündiger Eltern, ist allerdings wieder zweifelhaft und wird die nächste Kritik im Sozialmonitoring nach sich ziehen. Ein fast unabschließbarer Prozess von knapper und strenger Staatspolitik gegenüber den Armen und ihrer anwaltlichen Kritik seitens der Verbände. Wie einfach hatte es doch da Jesus mit seiner schönen Einladung: „Lasset die Kindlein zu mir kommen und hindert sie nicht daran, denn Menschen wie ihnen gehört das Reich Gottes“ (Mk 9,14) Aber die Caritas mit ihrer Lobbyarbeit in Sachen Kinderarmut steht hier gleichwohl in der Nachfolge Jesu, nur unter ganz anderen, hochkomplexen gesellschaftlichen Bedingungen. Insofern ermuntere ich trotz aller ernüchternden Differenzierungen in dem bislang Gesagten zu weiterer Unterstützung, Beratung, Anwaltlichkeit und Lobbyarbeit für und mit den Armen unserer Gesellschaft.

Dr. Hans Jürgen Benedict war Professor an der Evangelischen Hochschule für soziale Arbeit und Diakonie des Rauben Hauses in Hamburg.